

REDEMANUSKRIPT

(es gilt das gesprochene Wort)

Sperrfrist 1. Mai 2018, 10.30 Uhr

Dr. Mehrdad Payandeh, Bezirksvorsitzender
Solidarität. Vielfalt. Gerechtigkeit

Tag der Arbeit 2018, Lüneburg

Tina Kolbeck-Landau
Pressesprecherin
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

tina.kolbeck@dgb.de
brigitta.moleski@dgb.de

Telefon: 0511-12601-32
Telefax: 0511-12601-57
Mobil: 0170-6342153

TKL/BM

Otto-Brenner-Straße 7
30159 Hannover

www.niedersachsen-bremen-sachsenanhalt.dgb.de

Anrede,

ich begrüße Euch hier in Lüneburg! Ich freue mich, heute bei Euch sein zu dürfen.

Der 1. Mai ist unser Tag. Er ist der Tag der Arbeit. Das ist ein Tag, an dem wir laut und deutlich unsere Forderungen hier und an über 500 weiteren Orten gemeinsam zum Ausdruck bringen.

Gerade dieses Jahr haben wir gute Gründe, gemeinsam den 1. Mai zu feiern.

Für Millionen Beschäftigte haben unsere Gewerkschaften bereits kräftige Lohnerhöhungen erkämpfen können. Aber wir gehen auch neue Wege und gestalten moderne und familienfreundliche Arbeitszeiten.

Denn wir zögern nicht lange, wenn Probleme zu lösen sind! Sondern handeln wir, damit es den Beschäftigten und ihren Familienangehörigen besser geht. Ja - mit uns Gewerkschaften und Betriebsräten lässt sich besser leben und besser arbeiten. Wir tun was! Wir sind ein starker Bund!

Die erreichten Tarifabschlüsse in der Metall- und Elektroindustrie und zuletzt im öffentlichen Dienst stoßen auf breite gesellschaftliche Anerkennung.

Wir Gewerkschaften schreiben Geschichte und zeigen, dass wir die Zukunft gestalten. Wir bringen die Arbeitgeber dazu, die Interessen der Beschäftigten ernst zu nehmen. Sonst kracht es in Betrieben, bis die Wände wackeln. Wir verstehen keinen Spaß, wenn es darum geht, uns für die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzusetzen.

Es kommt deshalb nicht von ungefähr, dass unsere Gewerkschaften bei den Betriebsratswahlen in vielen Betrieben die Zahl der Betriebsräte nicht nur verteidigt haben. Wir konnten gemeinsam sogar neue hinzugewinnen, weil die Kolleginnen und Kollegen sehen, wer sich für sie und ihre Interessen einsetzt. Und das ist gut so!

Deshalb an dieser Stelle mein Dankeschön an alle Kolleginnen und Kollegen, die sich als Betriebs- und Personalräte Tag für Tag mit harter Arbeit für die Interesse der Beschäftigten einsetzen. Dieser 1. Mai ist Euer Tag! Lasst uns an diesem Tag diesen Erfolg gemeinsam feiern!

So gute Gründe es also gibt, das Erreichte zu feiern, so gute Gründe gibt es aber auch, am 1. Mai Solidarität zu zeigen, aktuell zum Beispiel mit den Kolleginnen und Kollegen der IG BAU. Ihre Tarifkommission musste diese Woche das Scheitern der Tarifverhandlungen für rund 800.000 Baubeschäftigte erklären, weil sich die Arbeitgeberseite nicht bewegt!

Obwohl diese Branche boomt wie schon lange nicht, gibt es kein anständiges Angebot der Arbeitgeber. Sie schwimmen im Geld und geizen, wenn es um diejenigen geht, die die eigentliche Arbeit leisten, die ihnen den Gewinn erwirtschaften.

Deshalb sage ich laut und deutlich an die Adresse der Arbeitgeber: Macht ein anständiges Angebot! Unsere Kolleginnen und Kollegen arbeiten hart und sie haben anständige Löhne und Arbeitsbedingungen verdient. Es gibt wahrlich keinen vernünftigen Grund, sich den gewerkschaftlichen Forderungen zu verweigern!

Weil noch vieles schief läuft in diesem Land, gilt es am 1. Mai auch gegen Niedriglöhne, die Tariffucht der Unternehmen und gegen eine Ausweitung der Arbeitszeiten auf die Straße zu gehen. Wir wollen Flagge zeigen für eine gerechtere Verteilung von Vermögen und Einkommen zugunsten aller Menschen, die in Deutschland wohnen, für bessere Bildung und Infrastruktur und für menschenwürdige Arbeitsbedingungen.

Deshalb lautet das diesjährige Mai-Motto „Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit“.

Wir wollen Solidarität, weil wir keinen wilden Kapitalismus wollen, weil wir niemanden zurück lassen wollen, weil jede und jeder ein sicheres Zuhause, ein Leben in Würde und eine gute Zukunft verdient hat. In einem der reichsten Länder der Welt sollte das möglich sein!

Wir wollen Vielfalt, weil wir keine Gesellschaft wollen, die Menschen ausgrenzt, die nur eine Farbe kennt und nur eine Meinung zulässt.

Unser gewerkschaftlicher Einsatz für diese Ziele bleibt untrennbar verbunden mit unserem Eintreten für eine demokratische Gesellschaft in Deutschland und Europa.

Wir verteidigen unsere Demokratie gegen jede Form von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Wir sind gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit, gegen sozialer Spaltung und neoliberalen Marktradikalismus.

Die Erfolge rechter Parteien zeigen, dass rassistische und menschenverachtende Einstellungen keine gesellschaftlichen Randerscheinungen sind.

Mit ihren Forderungen nach Ausgrenzung und Abschottung versuchen Rechtspopulisten, einen Keil in unsere Gesellschaft und innerhalb der Arbeitnehmerschaft zu treiben.

Kolleginnen und Kollegen, diese Ideologien haben einmal schon Unheil gebracht und dieses Land und die Welt zugrunde gerichtet. Eine solche Geschichte darf sich nicht wiederholen! Wir wollen Vielfalt statt Einfalt. Wir wollen bunt statt braun.

Und wir wollen Gerechtigkeit, weil es in diesem Land trotz Aufschwung immer noch ungerecht zugeht.

Die wachsende Ungleichheit hat inzwischen das Niveau von vor 130 Jahren erreicht. Auf der einen Seite leben einige wenige Milliardäre und Superreiche in Saus und Braus, auf der anderen Seite sind Millionen von Menschen arm trotz Arbeit.

10 Prozent der Bevölkerung besitzen 60 Prozent des Vermögens. 30 Prozent hingegen besitzen überhaupt nichts oder sind gar verschuldet.

Gut 6.000 Deutsche besitzen ein Vermögen von jeweils mindestens 50 Millionen Dollar. Eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer mit durchschnittlichem Einkommen müsste für diese Summe ganze 2350 Jahre arbeiten.

Das hat auch viel mit einer verfehlten Steuerpolitik zu tun. Man hat in den letzten Jahrzehnten immer wieder die Steuern gesenkt, und zwar vor allem für Reiche und Vermögende. Deutschland ist eine Steueroase für Superreiche, Milliardäre und große Erbschaften geworden. Also: Starke Schultern hat man entlastet – schwache Schultern hat man belastet.

Das nenne ich Reichtumpflege. Diese Leute haben sich seit Jahren aus der Finanzierung unseres Gemeinwesens verabschiedet.

Das muss sich ändern. Wir brauchen endlich eine Vermögenssteuer und eine Erbschaftsteuer, die ihren Namen verdient.

Doch zur Einkommensungleichheit tragen auch Niedrig- und Armutslöhne bei. Rund 3,7 Millionen Vollzeit-Beschäftigte verdienen monatlich weniger als 2.000 Euro brutto.

Überall breiten sich prekäre Arbeitsplätze, Werkverträge, Schein-Selbständige, Leiharbeit und befristete Arbeitsplätze oder Minijobs aus. Man hat das Gefühl, viele Arbeitgeber – klein oder groß – kennen nur noch 450-Euro-Jobs und sonst nichts. Das ist schäbig, weil sich viele von ihnen eine goldene Nase verdienen und dennoch einen auf Geizkragen machen, wenn es um ihre Beschäftigte und Arbeitsplätze geht.

Das betrifft vor allem soziale Berufe, die vorwiegend von Frauen ausgeübt werden: diese Berufe werden einfach schlecht bezahlt, egal was, egal wo. Alle reden in ihren Sonntagsreden, wie wichtig die Erziehung von Kindern, die Pflege von Kranken oder Älteren oder Betreuung von Behinderten ist, aber an der Bezahlung und weniger Arbeitsstress tut sich Nichts. Das ist heuchlerisch. Deshalb sagen wir laut und deutlich an die Adresse von Jens Spahn: Soziale Berufe müssen schnell aufgewertet werden. Aber zack, zack!

Doch damit nicht genug: Es gibt in Deutschland mit durchschnittlich 21% immer noch gravierende Unterschiede zwischen den Einkommen von Frauen und Männern. Und das im 21. Jahrhundert! Das ist auch der eigentliche Grund, warum Frauen deutlich stärker von Altersarmut bedroht sind als Männer. Das ist doch ein Skandal, dass Frauen im Arbeitsleben und im Alter benachteiligt werden, nur weil sie sich um die Erziehung ihrer Kinder oder um die Pflege ihrer Angehörigen gekümmert haben. Das muss sich endlich ändern. Gleichstellung von Männern und Frauen heißt deshalb auch Ende der Lohndiskriminierung.

Anrede,

am heutigen Tag wollen wir die Politik wach rütteln und daran erinnern, dass sie die Aufgabe hat, den heutigen und zukünftigen Generationen ein gutes, ja sogar ein besseres Leben in Freiheit und Wohlstand zu gewähren und nicht ein gutes Leben für Wenige.

Die Politik muss mit vielen Herausforderungen fertig werden:

- Wachsende Ungleichheit gefährdet unser friedliches Zusammenleben,
- die zunehmende Prekarisierung nimmt der Arbeit ihre Würde weg. Sie macht Menschen krank oder kaputt. Das darf nicht sein!
- Die fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft und der Welthandel bringen nur dann Wohlstand für alle, wenn sie fair und gerecht gestaltet werden und nicht Reichtum und Wohlstand für wenige und Absenkung der Sozialstandards und Abbau von Arbeitnehmerrechten hervorrufen. Wir wollen eine faire und eine gerechte Globalisierung.
- Auch der neue digitale Kapitalismus ist kein Selbstzweck. Wer Arbeitsplatzabbau als Vision einer digitalen Zukunft verbreitet und versucht, unsere Zukunft zu vergoogeln,

handelt unverantwortlich. Wir wollen die Vorteile der Digitalisierung für alle, aber keine Vorherrschaft von „Künstlicher Intelligenz“ oder irgendwelchen Plattformen.

- Wir müssen unsere natürliche Lebensgrundlage auch für zukünftige Generationen schützen. Und wenn man sich verschiedene Gesichter des Klimawandels anguckt, da wird es einem bange. es gibt Naturkatastrophen, extreme Kälteausbrüche, Mikroplastik im Antarktis und vieles mehr. Wer heute wie der amerikanische Präsident Trump einen solchen gravierenden Klimawandel für erfunden erklärt, der handelt fahrlässig.
- Der Klimawandel, aber auch Bürgerkriege, politische Verfolgung oder wirtschaftliche Not führen dazu, dass Menschen ihr Zuhause verlassen müssen. Wenn wir sie hier bei uns aufnehmen, müssen wir alles daran setzen, ihnen zu helfen, sie zu Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu machen, ihnen neue Heimat bieten.
- Und nicht zuletzt müssen wir über demographische Entwicklungen und eine alternde Gesellschaft nicht nur reden, sondern endlich auch handeln und älteren Menschen eine Perspektive des Alterns in Würde geben. Dazu gehört auch eine armutsfeste Rente. Und daran werden wir die neue Bundesregierung messen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Diese Herausforderungen sind entscheidend für die Zukunft einer hochentwickelten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft, für die Zukunft der Arbeitsplätze, für die Zukunft des Wohlstandes in unserem Land.

Diese Herausforderungen bedeuten aber auch Arbeit: für uns und vor allem für die Politik.

In unserer Erwerbsgesellschaft ist Vollbeschäftigung zu guten Arbeitsbedingungen der Schlüssel für ein Leben in Würde, für mehr Gerechtigkeit und Selbstbestimmung.

Unsere Gesellschaft darf niemanden zurücklassen.

Wir lassen nicht locker. Wir brauchen Gute Arbeit für ALLE. und dafür werden wir kämpfen. Mit politischen Druck und notfalls mit Streiks. Denn von Nichts kommt Nichts!

Deutschland, die leistungsstärkste Volkswirtschaft Europas und einer der reichsten Staaten der Welt, schiebt einen Sanierungsstau von 300 Mrd. Euro vor sich her.

Jede zweite Brücke ist marode und unbefahrbar. Viele Dächer in Schulen sind kaputt. Es gibt Schulklos, die zum Himmel stinken, und Verwaltungsgebäude, die dringend saniert werden müssen. Von geschlossenen Theatern und Bibliotheken ganz abgesehen. Und nicht zuletzt fehlt es fast überall an bezahlbaren Wohnungen.

Kurzum: Die öffentliche Infrastruktur verfällt, weil zu wenig investiert wird.

Ich sage nur: Statt von schwarzer, blauer, grauer, oranger roter oder blauer Null zu träumen, statt eine Zahl – die Null – für heilig zu erklären, schlachtet diesen „Götzen der Schwarzen Null“ und investiert in die Zukunft unserer Kinder, investiert in Bildung, in bezahlbaren Wohnraum, in gute Pflegeheime und Krankenhäuser, in Straßen und Schienen. Das lohnt sich! Das hat sogar die Bertelsmann-Stiftung berechnet. Sonst führt uns die schwarze Null in das schwarze Loch der Geschichte. Frau Merkel, Olaf Scholz, Stephan Weil, Reinhold Hilbers: Denkt an die Zukunft unserer Kinder!

Doch damit nicht genug: Niedersachsen ist ein wichtiger Industriestandort, aber die Politik hat keine industriepolitische Agenda für das Land.

Herr Althusmann, Sie sind aufgefordert, eine solche Agenda zu entwickeln und das ist mehr als Ihr Lieblingsthema Digitalisierung. Wir brauchen eine intelligente Industrie- und Dienstleistungspolitik als Leitplanken für unseren Wirtschaftsstandort.

Davon hängen nicht zuletzt auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit unsere Arbeitsplätze ab.

Deshalb brauchen wir eine Investitionsoffensive in Niedersachsen.

Wir brauchen gute Arbeit für Alle, und wir brauchen gute Investitionen für ALLE.

Und was bedeutet Gute Arbeit für euch hier in Lüneburg?

Nehmen wir das Beispiel Amazon in Winsen/Luhe. Es ist gut, dass neue Jobs geschaffen werden.

Aber Arbeit ist nicht gleich Arbeit. Wir brauchen Gute Arbeit!

Wie viele Leiharbeiter Amazon einsetzt und wie Amazon seine Beschäftigten überwacht, ist gegen jedes moralische Gewissen. Und es widerspricht unseren Forderungen nach fairer Arbeit mit fairen Löhnen.

Oder das Lüneburger Eisenwerk – LEW.

Fehler des Arbeitsgebers haben im letzten Jahr zur Insolvenz geführt. Aber die Kolleginnen und Kollegen haben es geschafft, dass sich der Investor mit dem Betriebsrat und der IG Metall nach langen und harten Verhandlungen auf Eckpunkte für einen zeitlich befristeten Sanierungstarifvertrag geeinigt hat – das ist eurem Engagement zu verdanken! Herzlichen Glückwunsch!

Anrede,

In ganz Deutschland explodieren die Mieten und belasten die Arbeitnehmerhaushalte. Nicht selten arbeiten die Kolleginnen und Kollegen für die Miete. Bis zu 50% des Haushaltseinkommens wird für die Miete verwendet. Auch in Lüneburg. Die Explosion der Mietkosten und die Zunahme an Ferienwohnungen in der Stadt dürfen nicht zu einer sozialen Verdrängung führen. Hier muss man gegensteuern.

Es gibt hier in Lüneburg schon das kommunale Wohnungsbauprogramm - aber noch nicht im Landkreis. Wir als DGB fordern deswegen dies nun auch zügig anzugehen.

Und wir brauchen aber auch endlich wieder ausreichend Personal im öffentlichen Dienst.

Dass der Lüneburger Oberbürgermeister Mägde den Abschluss von Mitte April für die Beschäftigten in Bund und Kommunen als „eindeutig zu hoch“ kritisiert, ist ein Hohn.

Anstatt damit zu drohen die kommunalen Gebühren zu erhöhen, sollte die Stadt über die Wertschätzung ihrer Beschäftigten und ihre Gute Arbeit sprechen.

Und gute öffentliche Dienstleistungen gibt es nur mit gutem, motiviertem Personal!

Von Lüneburg erwarten wir, dass im Landkreis endlich eine dritte IGS geschaffen wird. Eltern und Kinder fragen diese Schulform immer mehr nach und es gibt nicht genug Plätze!

Dafür braucht es aber auch genug Lehrkräfte. Das Land muss unbedingt in die Ausbildung investieren.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

gute Arbeit und faire Löhne, soziale Teilhabe und starke öffentliche Dienstleistungen: Wir setzen heute gemeinsam ein eindeutiges Zeichen für Gerechtigkeit und Solidarität!

Wir setzen aber auch ein Zeichen gegen Intoleranz, Rassismus und Ausgrenzung. Wir setzen uns für Vielfalt und friedliches Miteinander ein.

Deshalb begrüße ich ausdrücklich die Lüneburger Diskussion um ein „Forum Erinnerungskultur“.

Wir müssen unser Handeln immer wieder kritisch reflektieren. Dass die Stadt mit den Gewerkschaften, den Kirchen und den Gedenkstätten eine Bestandaufnahme der Gedenkkultur Lüneburgs vornehmen will, ist ein wichtiger und richtiger Schritt.

Die Ergebnisse und die daraus geschlossenen Konsequenzen müssen dann aber auch in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert werden – mit den Bürgerinnen und Bürgern. Aber auch in den Betrieben!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nur wenn wir Beschäftigte in Solidarität zusammenstehen, können wir uns gegen die Angriffe durch Politik und Arbeitgeber wehren. Und da ist es uns völlig egal, ja muss es uns sogar völlig egal sein, woher unsere Kolleginnen und Kollegen kommen oder welche Hautfarbe sie haben.

Wir sind viele, und wir sind Vielfalt. Auch deshalb wehren wir uns gegen Rassismus und Ausgrenzung.

Wir kämpfen für eine Politik, die Gerechtigkeit und ein Miteinander schafft. Dafür haben wir jahrzehntelang hart gekämpft. Auch aus diesem Grund sind wir heute hier!

Ich danke Euch für Eure Aufmerksamkeit. Ich wünsche Euch und uns noch einen schönen Tag; einen solidarischen und kämpferischen Tag der Arbeit!

Glück auf!